

# Schweigen, schützen, profitieren? Die Schweiz im Schatten der Russland-Sanktionen



## Marc Wengert

Marc Wengert ist Compliance Officer bei einer Bank in Zürich und verfügt über mehrjährige Berufserfahrung in der Geldwäschereibekämpfung. Er hat sich auf die Analyse und Untersuchung verdächtiger Transaktionen spezialisiert und ist insbesondere in der Erkennung komplexer Finanzkriminalitätsmuster tätig. Zu seinen Schwerpunkten zählen die Durchführung vertiefter Abklärungen, die Erstellung von Verdachtsmeldungen an die Behörden sowie die Unterstützung von Risikobewertungen und regulatorischen Anforderungen über verschiedene Kundensegmente hinweg.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine im Februar 2022 führte zu einem beispiellosen Sanktionsregime gegen russische Oligarchen, Unternehmen und staatliche Vermögenswerte. Ziel dieser Massnahmen ist es, durch gezielte wirtschaftliche Restriktionen politischen Druck auf die russische Führung auszuüben. Die Wirksamkeit solcher Sanktionen hängt jedoch davon ab, ob Vermögenswerte identifiziert, rechtlich zugeordnet und auch faktisch blockiert werden können.

Die vorliegende Arbeit untersucht, inwiefern sanktionierte russische Oligarchen den Finanz- und Wirtschaftsplatz Schweiz zur Umgehung internationaler Sanktionen nutzen könnten und welche Faktoren eine solche Umgehung begünstigen. Im Zentrum stehen Transparenzdefizite, institutionelle Zuständigkeiten sowie sektorale Besonderheiten des Schweizer Finanz- und Wirtschaftsstandorts.

Die Analyse zeigt zunächst auf, dass die Schweiz über einen formal konsistenten und international abgestimmten Rechtsrahmen verfügt. Sowohl das Embargogesetz als auch die geldwäschereirechtlichen Sorgfaltspflichten den entsprechen internationalen Standards. Die Übernahme der US- und EU-Sanktionen erfolgte zeitnah und in rechtlich konsistenter Weise. Ein systematisches normatives Defizit konnte nicht festgestellt werden.

Gleichzeitig offenbaren sich strukturelle Herausforderungen in der praktischen Durchsetzung. Die Identifikation wirtschaftlicher Kontrolle wird durch komplexe Holdingstrukturen, Nominee-Shareholder-Modelle, internationale Jurisdiktionsverflechtungen sowie die Diversifikation in physische Vermögenswerte erheblich erschwert. Die vorliegenden Untersuchungen zeigen, dass diese Mechanismen häufig in Kombination auftreten und verschachtelte Vermögensstrukturen erzeugen. Die Durchdringung solcher Strukturen erfordert hohe

Anforderungen an Transparenzinstrumente und behördliche Koordination.

Ein zentrales Transparenzdefizit bestand in der Schweiz bislang in der dezentralen Erfassung wirtschaftlich Berechtigter. Die Einführung eines zentralen Transparenzregisters im Jahr 2026 stellt einen bedeutenden Reformschritt dar. Die Effektivität eines solchen Transparenzregisters wird jedoch massgeblich von der Datenqualität, den Aktualisierungspflichten sowie geeigneten Kontrollmechanismen abhängen. Transparenz ist eine notwendige, jedoch nicht hinreichende Voraussetzung für wirksame Sanktionen.

Im internationalen Vergleich verfolgt die Schweiz ein rechtsstaatlich zurückhaltendes und territorial begrenztes Durchsetzungsmodell von Sanktionen. Im Gegensatz zum US-amerikanischen OFAC-System verfügt die Schweiz weder über sekundäre Sanktionen noch über extraterritoriale Durchsetzungsmechanismen mit hoher Abschreckungsintensität. Die institutionelle Fragmentierung zwischen SECO, FINMA und Strafverfolgungsbehörden ist rechtsstaatlich zwar konsistent, kann jedoch bei komplexen internationalen Sachverhalten die Koordinationsanforderungen erhöhen.

Die zentrale Schlussfolgerung der Arbeit lautet somit:

Die Schweiz kann nicht als bewusstes Sanktionsschlupfloch betrachtet werden, jedoch ist sie ein global integrierter Finanz- und Wirtschaftsstandort mit struktureller Komplexität, die besonders hohe Transparenz- und Durchsetzungskapazitäten erfordert.

Die langfristige Glaubwürdigkeit des Finanzplatzes Schweiz wird wesentlich davon abhängen, ob Transparenzinstrumente effektiv implementiert, institutionelle Koordination gestärkt und internationale Kooperation vertieft werden. Sanktionen entfalten ihre Wirkung nicht primär durch normative Strenge, sondern

durch operative Durchsetzungsfähigkeit und Abschreckungswirkung.

Die Arbeit soll damit einen Beitrag zur differenzierten Einordnung der Schweiz im geopolitischen Spannungsfeld zwischen Rechtsstaatlichkeit, Neutralität, wirtschaftlicher Offenheit und internationaler Verantwortung leisten.